



Antrag

der Fraktion der SPD

Auch am "Europäischen Tag der Meere" Unterstützung und Förderung für die Maritime Wirtschaft deutlich machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Jedes Jahr am 20. Mai wird der „Europäische Tag der Meere“ feierlich begangen. Der Tag soll die entscheidende Rolle der Ozeane und Meere hervorheben und dazu beitragen, die zur See gehörenden Sektoren besser sichtbar zu machen und ihre Bedeutung für unser tägliches Leben stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rufen. Neben der Konferenz der Europäischen Kommission, die in diesem Jahr in Spanien stattfindet, sind Länder und Regionen der EU aufgefordert am Meerestag eigene Aktivitäten zu entwickeln.

Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung die Tradition der letzten Jahre nicht fortsetzt und 2010 im Land zwischen den Meeren keine Veranstaltung zum „Europäischen Tag der Meere“ anbietet.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch und gerade am „Europäischen Tag der Meere“ sich auf Europäischer Ebene und bei der Bundesregierung mit folgenden Forderungen für eine nachhaltige Unterstützung und Förderung der Maritimen Wirtschaft, die für Schleswig-Holstein traditionell von entscheidender Bedeutung ist, einzusetzen:

- Den Schiffbaustandort Deutschland mit den Zulieferbetrieben der maritimen Wirtschaft sichern und Finanzierungsmöglichkeiten für Werften verbessern, z.B. durch Überprüfung der Zinsbelastungen bei KfW-Sonderprogrammen und Anpassung der KfW-Sonderprogramme an die Bedürfnisse des Schiffsbau;
- Innovationsförderung intensivieren, z.B. durch auftragsunabhängige Innovationsbeihilfen und Ausbau und Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie „Leadership Deutschland“;
- Schiffbau und Schifffahrt umweltgerecht gestalten z.B. durch Einrichtung eines Förderprogramms zur Abwrackung oder Umrüstung alter und umweltschädlicher Schiffe sowie der Umsetzung des Fünf-Punkte-Aktionsplans „Clean Baltic Shipping“;

- Faire Wettbewerbsbedingungen schaffen z.B. durch regelmäßige Marktberichte der EU, um die Transparenz eines durch staatliche Interventionsprogramme verzerrten Marktes herzustellen;
- Förderung zusätzlicher Arbeits- und Innovationsfelder im Bereich der Meerestechnik und dem Bereich der On- und Offshore-Industrie.

Begründung:

Die maritime Branche befindet sich in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten. Der Ausstieg von ThyssenKrupp Marine Systems aus dem zivilen Schiffbau bei HDW, die Insolvenzen wichtiger deutscher Werften, in Kiel auch der Lindenau-Werft, zeigen dies mehr als deutlich. Der Zuliefererbereich der maritimen Produktion, in Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftszweig, spürt die Auswirkungen des dramatischen Einbruchs auf den Weltmärkten und den damit einhergehenden zum Teil ruinösen Wettbewerbs um neue Aufträge.

Der im Meinungsaustausch zur Liquiditätsfrage der maritimen Wirtschaft im BMWi am 18. März 2010 getroffene Hinweis, dass „grundsätzlich und vorrangig sämtliche privatwirtschaftlichen Lösungsansätze zu nutzen sind und dass keine zusätzlichen bzw. branchenspezifischen staatlichen Hilfsprogramme oder staatlichen Lösungen“ Vorrang haben, gibt die Dramatik der Situation nur sehr unzureichend wieder.

Im Fortschrittsbericht der EU Kommission zur Integrierten Meerespolitik der EU wird im Ausblick folgende Empfehlung formuliert:

„Im Kontext der aktuellen Wirtschaftskrise sollte die Umsetzung der Integrierten Meerespolitik ein neues Licht auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Innovation werfen. [...] Zur Ankurbelung der maritimen Wirtschaft müssen Mittel und Wege gefunden werden, Impulse für mehr Beschäftigung in diesen Sektoren und Investitionen in den Schiffsverkehr unter EU-Flagge zu geben und gleichzeitig die Idee sauberer Schiffe entschlossen weiter voranzutreiben. Die Förderung von Forschung und Innovation zur Entwicklung von Niedrigemissions- oder sogar Nullemissions-Schiffen macht einen Großteil der EU-Agenda für den strategisch wichtigen Schiffbausektor aus. Die EU kann europäischen Werften und Schiffsausrüstern hier einen technologischen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen der Welt verschaffen und den Seeverkehr, insbesondere entlang der europäischen Küsten, sicherer und nachhaltiger gestalten. Im Rahmen ihrer allgemeinen Überlegungen zur nächsten Finanziellen Vorausschau prüft die Kommission derzeit den künftigen Mittelbedarf IMP-bezogener Maßnahmen.“

Anette Langner
und Fraktion